

Berlin, 11.11.2007

Vortrag von

Dr. Jürgen Borchert

Die Front liegt nicht am Hindukusch

- Wie eine falsche Familienpolitik das Land ruiniert -

Meine Damen und Herren, ich sollte Ihnen also etwas beibringen zum Thema Familienpolitik und warum diese Familienpolitik ruinös ist für das Land. Das Problem besteht darin, dass ich nur 30 Minuten Zeit habe und die ziemlich genau einhalten muss. Ich hab auch kein Manuskript mitgebracht, was heikel ist, denn ich könnte Ihnen wochenlang zu diesem Thema erzählen, Geschichten, die mich alle immer wieder brennend interessiert haben und auch mitreißen. Ich mache das jetzt sozusagen frei mit wenigen Stichworten und es kann sein, dass wir dann sehr abrupt an die zeitlichen Grenzen stoßen.

Als mich Frau Steuer anrief, wie denn der Titel heißen sollte, hatte ich gerade bei einer FDP-Veranstaltung in Bonn zu dem Thema geredet und beim Bearbeiten dieses Referates war die Diskussion über die Verlängerung des Mandates am Hindukusch in voller Woge. Und da fiel mir auf, dass die Front tatsächlich nicht am Hindukusch liegt, wo Freiheit und Wohlstand und Frieden verteidigt werden, sondern dass die **Front hier mitten bei uns in einer Gesetzgebung zu finden ist**, die dazu geführt hat, dass wir seit 40 Jahren diese doppelte Kinderarmut in Deutschland erleben.

Befund: Doppelte Kinderarmut in Deutschland

Wir haben von 1965 bis heute die **Zahl der Geburten von über 1,3 Mill. auf 673.000 im Jahr 2006 fast halbiert**. Das ist schon ungeheuerlich. Das zweite und noch ungeheuerlichere Phänomen ist die Tatsache, dass wir es in dieser Zeit mit immer weniger Kindern geschafft haben, den **Anteil der Kinder in der Sozialhilfe alle 10 Jahre zu verdoppeln**. Nämlich von jedem 75. Kind unter 7 Jahren zeitweise oder auf Dauer in der Sozialhilfe im Jahr 1965 auf jedes 5. Kind unter 7 Jahren im Jahr 2005. Alle 10 Jahre eine Verdoppelung.

Und so ist Deutschland durch diese Politik zu einem **vierfachen Weltmeister** geworden in Sachen **Nachwuchspolitik bzw. Raubbau an Nachwuchs**:

- Erstens war Deutschland das Land, in dem die **massive Kinderlosigkeit** sich zuallererst breit machte ab 1965.
- Zweitens ist Deutschland das derzeit **am schnellsten alternde Land der Welt**. Dass wir jetzt noch nicht mit Abstand das Land mit dem ältesten Durchschnittsalter sind, hängt nur damit zusammen, dass Deutschland gleichzeitig

- **das Land mit der anteilmäßig bei weitem höchsten Immigration über die letzten 25 Jahre** war. Im Ergebnis: über 15 Mill. Menschen sind zugewandert - mittlerweile viele von denen auch wieder abgewandert, aber der Anteil der Immigranten ist in Deutschland extrem hoch. Und es findet innerhalb Deutschlands eine **Unterschichtung** von Immigranten in vertikaler Hinsicht statt wie auch eine **Segregation**, sozusagen eine Entmischung auf lokaler, regionaler Ebene. Schauen Sie sich mal Neukölln hier in Berlin an, das beste Beispiel mit einem Ausländeranteil von fast 70% und einem Schulkinderanteil von fast 100%. Die Deutschen, so sie es können, ziehen sich aus diesem Stadtteil zurück. Wir kriegen noch große Probleme.
- Und der vierte Weltrekord ist, dass es kein Land der Welt, kein vergleichbares Industrieland der Welt, gibt, in dem der **Zusammenhang zwischen rasanter Verarmung und ebenso rasanter Bildungsverarmung** so signifikant ist wie in Deutschland. Das hat sich selbst bis zur UNO herumgesprochen. Der UNO-Sonderbeauftragte Werner Muñoz war ja im März 2007 in Deutschland und hat das mal an die großen Glocken gehängt.

Bilanz: Raubbau am Humanvermögen

Wie groß dieser Raubbau am Humanvermögen genau ist, kann Ihnen kein Mensch beziffern. Aber es gibt jemand - der übrigens selbst keine Kinder hat -, der als Hobby mal nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen durchgerechnet hat, wie sich die Humankapitalsveränderung auswirkt. Er macht beruflich bei der BASF in Ludwigshafen nichts anderes als Bilanzen. Und seine **Bilanz des Humankapitals**, die er aufgestellt hat, sieht wie folgt aus (Powerpointfolie):

Da sehen Sie das „Bruttosozialprodukt“ in der Spalte 1, wie es herkömmlich berechnet wird. Sie sehen das „Wachstum des Bruttosozialproduktes in den unterschiedlichen Jahren“, wie wir es aus der amtlichen Statistik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnehmen können. Und dann sehen Sie eine Spalte „Veränderung der Gesamtkapazität des Humankapitals in Mann/Jahren“. Diese Spalte bezeichnet schlicht und einfach den Verlust an arbeitsfähiger Bevölkerung durch Überschreiten der Altersgrenze oder Nicht-Hineinwachsen in die produktiven Jahrgänge ab 20.

Und dann macht er eine Rechnung auf, die eigentlich für jeden Betriebswirt vollkommen normal ist. Er berechnet den Verzehr an Humanvermögen, der stattfindet. Und ehe wir das jetzt alles zeitraubend durchdeklinieren, sehen Sie hier am Ende: **Rein quantitativ verzeichnet Deutschland in den Jahren bis 1998 einen Verzehr an Humanvermögen von 34%**. Wenn wir also unser Bruttosozialprodukt berechnen wollen unter Einbeziehung des Verzehrs an Humanvermögen, rein quantitativ, das muss ich noch mal betonen, dann sind wir sozusagen um knapp 35% unter dem, was wir an offiziellem Wachstum registriert haben in unserer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Das ist insofern eine interessante Rechnung, weil das mal etwas einbezieht, was nach Meinung der epochemachenden Ökonomen Adam Smith z.B., nämlich der **Quell allen Wohlstands ist: die Produktivität, die Innovationsfähigkeit der Menschen**, nichts anderes. Und bezüglich der Produktionsfähigkeit oder Produktivität, die ja eine Schlüsselgröße in der gegenwärtigen sozialpolitischen Debatte ist - im Rentensystem, in der Krankenversicherung, in der Pflegeversicherung -, heißt es: es ist gar nicht so schlimm, dass wir älter werden, es hat

sogar viele positive Aspekte, aber ökonomisch überhaupt kein Problem, denn die Produktivität nimmt ja zu.

Doch da müssen Sie wissen, dass **Produktivität das Ende einer Produktionskette ist, die in den Familien mit der Erziehung bildungsfähigen Nachwuchses anfängt**. Und hier ist der „Hund begraben“, denn wir wissen, dass in Deutschland im Jahr 2004 jedes dritte Schulkind, das eingeschult wurde, Entwicklungsstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten aufwies. Und dass gleichzeitig im selben Jahr jedes 4. Kind die Schule verlassen hat, ohne das Minimum an Kulturtechniken zu beherrschen, was selbst Hilfsarbeiten verlangen. Das bedeutet auf die Geburtsverhältnisse des Jahres 2006 übersetzt, dass von 680.000-690.000 Kindern, die wir da geboren haben, etwa ein Drittel langfristig nicht in Frage kommt, für den Hochtechnologiestandort Deutschland produktiv tätig sein zu können. Und bei den restlichen Zahlen, das sind so um die 460.000, müssen wir uns allmählich daran gewöhnen, dass davon die besten der Besten in hellen Scharen das Land verlassen, nämlich im Durchschnitt der Jahre von 1994 bis 2003 110.000 Menschen mit einem Durchschnittsalter von 30 Jahren und vorwiegend akademischer Ausbildung. Beispielsweise hat jeder 3. junge Mediziner das Land verlassen. Da ich ein Medizinerkind habe, kann ich mir auch gut vorstellen, was die außer Landes treibt.

Diagnose: Ursachen der Kinderarmut

Das sind also schlicht und einfach die **Befunde**, um die es geht. Und jetzt fragen wir uns mal, was die Politik anbietet an **Therapien**. Und die Therapie fängt bekanntlich mit der **Diagnose** an.

Frauen-Erwerbstätigkeit und Vereinbarkeit

Als Diagnose wird uns zunächst mal offeriert, typisch deutsch, dass das die **Faulheit der deutschen Mütter** sei. Die deutschen Mütter seien im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich erwerbsbeteiligt. Und wenn wir da durch Vermehrung des Betreuungsangebotes, Krippenerziehung und dergleichen dafür sorgen könnten, dass **bessere Vereinbarkeit** gelingt - also dass die sich besser den betrieblichen Erfordernissen anpassen können, das ist damit gemeint, nicht etwa, dass man die betriebliche Politik an die Bedürfnisse der Kinder anpasst, sondern umgekehrt -, wäre diese Verbesserung der Vereinbarkeit eine Klappe, mit der man mehrere Fliegen gleichzeitig treffen könnte: nämlich mehr Geburten stimulieren, denn „die moderne Frau will beides, Beruf und Kinder“, und dass wir gleichzeitig der Kinderarmut ein Schnippchen schlagen würden in der materiellen Richtung.

Ich will Sie jetzt nicht langweilen mit einem Blick auf die **frühere DDR**, die ja als Krippenparadies uns zeigt, dass beides dort nicht erreicht ist. Es gibt dort keine nennenswerte Geburtenzahl, die sich international sehen lassen kann - sie ist sogar noch niedriger als im Westen, obwohl Brandenburg, Sachsen-Anhalt (oder Sachsen?) und Thüringen **weltweit die höchste Krippendichte** aufweisen. Und mir ist auch nicht bekannt, dass im Osten die Kinderarmut in materieller Hinsicht nennenswert zurückgegangen sei. Ganz im Gegenteil, auch da eine Unterschichtung von Familien auf breiter Front.

Interessant ist nur, dass man hier wieder **die Opfer zu Tätern macht**. Es sind die Mütter, die man da am Wickel hat und die an die Front geschickt werden, die Gewerkschaften in Schach zu halten, die möglicherweise bei einer Verknappung des Faktors Humankapital etwas aufmüpfig werden könnten. Man hat zwar keine Arbeitsplätze für diese Mütter, aber als

Druckpotenzial gegen die Gewerkschaften, die das übrigens mitmachen, ist das natürlich ganz intelligent.

Selbst wenn diese Strategien Erfolg haben würden, ich erzähle gleich noch was zu der Realität, der statistischen Realität dieser These, dann muss man sich fragen, ob, wenn wir die sächliche Armut bei den Familien etwas mildern würden, dann nicht tatsächlich **eine neue Armut entstünde, nämlich an Zeit und Zuwendung für die Kinder**. Und es soll mir keiner erzählen, das sei nur in der Krippenphase wichtig. Jeder, der pubertierende Kinder hat, weiß, dass man Zeit und Zuwendung auch für sehr viel ältere Kinder braucht.

Hier nur mal ein kurzer Blick aus amtlichen Materialien auf die **Erwerbsbeteiligung von deutschen Frauen**. Da sehen Sie, dass Deutschland so **im europäischen Mittelfeld** liegt. Wir liegen mit unserer Erwerbsbeteiligung weit vor den Iren, und wir wissen, dass die Iren in Europa die höchste Geburtenrate haben, das nur nebenbei. Also diese ganzen Vergleiche international, die auch Bertelsmann immer macht, sind an den Haaren herbeigezogen, die halten den harten Fakten nicht stand. Und dieses hier ist eine Materialie, die amtlich ist, das ist der siebte Familienbereich. Da können Sie auch differenzieren nach dem Alter der Kinder, nach der Erwerbsbeteiligung der Mütter, da haben Sie alles noch mal weiter differenziert.

Also, diese These der Faulheit der Mütter stimmt von vorne bis hinten nicht. Und dass diese Debatte sich breit machen konnte, ist vor dem Hintergrund schon spektakulär, dass dieselbe Debatte in den 70er Jahren schon gelaufen ist, ich bin ja seitdem dabei. Da muss man sich mal eine Literatur wie z.B. einer bekannten Feministin, einer Wissenschaftlerin, Soziologin, Helde Poss, aus jenen Jahren anschauen, die damals in aller Klarheit darauf hinwies, obwohl sie die berufliche oder die Erwerbsbeteiligung von Müttern für wichtig hielt, dass selbstverständlich die **Leidtragenden dieser Politik immer die Frauen** sind, weil die dem **erhöhten kompensativen Zuwendungsbedarf an den Feierabenden, an den Wochenenden usw. nachkommen** müssen. Und das sei weder für Mütter noch für Kinder gesund.

Familienlastenausgleich und Verteilungswirkung

Das nächste, was uns dann erzählt wird, ist, **dass jedenfalls die Politik an dieser Massenverarmung von Familien vollkommen unschuldig ist**, denn mehr als die Politik könne man ja nicht tun. Deutschland sei, was den **materiellen Familienlastenausgleich** angeht, weltweit mit an der Spitze. 184-Milliarden-Pakete werden da vor dem staunenden Publikum geöffnet und so weiter und so fort. Was ist davon zu halten? Nun, dasselbe, was zu dem anderen Argument gerade vorher galt, nämlich auch hier ist das Gegenteil richtig.

Deutschland ist mit seinem materiellen Familienlastenausgleich ganz, ganz hinten zu finden. Das müssen Sie Schwarz auf Weiß sehen. Das glaubt einem ja „kein Schwein“, wie es so heißt. Raten Sie mal, wo diese Tabelle herkommt. Sie kommt aus dem 7. Familienbericht.

Und da sehen Sie, dass Deutschland, was den materiellen Familienlastenausgleich oder die Dienstleistungen angeht, unter dem EU-Durchschnitt liegt, nämlich mit Gesamtausgaben von 1,9%, und der Durchschnitt in Europa liegt bei 2,1%. Frankreich hat einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 2,8% und Dänemark sogar von 3,8%. Offizielle Materialien der deutschen Bundesregierung, die gleichzeitig die Legende unters Volk streut, dass unser materieller Familienlastenausgleich so besonders gut dotiert sei.

Diese Ziffern verbergen allerdings das Wesentliche, was für die **Verteilungswirkung** wichtig ist, und an diese wesentliche Dimension kommt man nur ran, wenn man sich mal fragt, was ist eigentlich **Sinn und Zweck des Familienlastenausgleichs**? Und dann stößt man sehr schnell auf den Sinn und Zweck, nämlich die **Einkommensdifferenzen zwischen Familienhaushalten und Nichtfamilienhaushalten einzuebnen**, damit auch im Sinne der Wirtschaft Hub und Schub, nämlich die volkswirtschaftlichen Aggregate Investition und Nachfrage am Laufen gehalten werden.

Ergo, **da wo der Anteil der kinderlosen Haushalte größer ist, müssen auch die Familienlastenausgleichsmaßnahmen entsprechend mehr zu Buche schlagen**. Und wo ist der Anteil der Personen ohne Kinder und der Haushalte ohne Kinder am allergrößten weltweit? In Deutschland. Und wenn Deutschland schon bei dieser Betrachtung, wenn wir auch das Bruttoinlandsprodukt abstellen, unterdurchschnittlich dalegt, zeigt das wie mickrig Deutschland erst recht ist, wenn man diesen Aspekt der Anteil der Personen ohne Unterhaltsverpflichtung mit einbezieht. Es wäre im Grunde in Deutschland, weil dieser Anteil so hoch ist, umso leichter möglich, einen vernünftigen Familienlasten- oder Leistungsausgleich auf die Reihe zu kriegen. Wenn man, nur mal ein Rechenbeispiel, weiß, dass 75% der Haushalte in Deutschland aktuell ohne Kinder leben und 25% Kinder haben, bedeutet das, dass für jeden Euro Familienlastenausgleich die anderen Haushalte 33% mehr zu berappen hätten. Und dass das zumutbar ist, werden Sie in einer der nächsten Folien gleich noch sehen.

Verteilungsstruktur der staatlichen Revenuesysteme

Ein Drittes ist zu beachten, um diese reine Ziffer des Familienlastenausgleichs richtig einzuordnen. Das ist der Blick auf die **innere Verteilungsstruktur unserer Revenuesysteme**. Revenuesysteme sind die Systeme, mit denen der Staat sich seine Mittel besorgt, die er dann in der Spendierhosenpose wieder verteilt. Und da muss man wissen, dass in Deutschland **43% der Einnahmen der öffentlichen Hände** (das ist eine Zahl aus dem Jahre 2001, die stammt von der OECD, ist offiziell, hab ich mir nicht ausgedacht) **aus Sozialversicherungsbeiträgen bestehen** in Deutschland.

Sozialversicherung

Und dann muss man sich fragen: Wie wirken denn diese Einnahmen auf den einzelnen Haushalt? Wird der besonders belastet, wenn da Kinder sind, und wird der weniger belastet, wenn keine Kinder da sind, usw.? Und wenn man das mal durchprüft, stößt man auf die Tatsache, dass natürlich diese **Sozialversicherungsabgaben Familien geradezu exorbitant heranziehen**. Und das hat seine Ursache in der gesellschaftlichen Organisation, dass wir eine Gesellschaft haben, die in **80-90% aller Haushalte lohnbasierte Existenzen** hat. Die Menschen leben vom Arbeitseinkommen, und das **Arbeitseinkommen ist immer individualistisch verengt**, weil derjenige, der seine Arbeitskraft verkauft, eben als Einzelmensch gesehen wird auf dem Arbeitsmarkt. Und der Lohn honoriert immer nur die einzelne Arbeitskraft und hat keinerlei Rücksicht für die Frage: wie viele Personen denn hinten dran hängen an diesem Lohn, die davon zu versorgen sind. Das heißt, diese Grundstruktur unserer Gesellschaft ist schon individualistisch verengt.

Und dann hat **Deutschland als einziges Land weltweit den Fehler gemacht, ein sehr voluminöses Sozialsystem ausgerechnet anzukoppeln an dieses individualistisch verengte Arbeitseinkommen**. Und damit haben wir eine individualistisch verengte Grundstruktur in

der gesamten Verteilungsordnung unserer Gesellschaft. Vom Arbeitseinkommen bis zum letzten Atemzug zunächst mal individualistisch verengt.

Schließlich kommt bei den Sozialversicherungsbeiträgen noch Folgendes hinzu: Die **Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigen nicht die Unterhaltsverpflichtungen gegenüber den Kindern als Minderung der Leistungsfähigkeit** wie im Steuerrecht, dass man dem Rechnung tragen muss, indem man **Freibeträge für den Kindesunterhalt** einräumt, das ist das erste. Das zweite ist, wir haben einen linear proportionalen Beitragstarif, für jede Einkommenshöhe denselben Beitragssatz und nicht wie bei der Einkommenssteuer progressiv, dass also die stärkeren Schultern auch mehr tragen. Und drittens haben wir eine Beitragsbemessungsgrenze, die bei etwa 60-62.000 in der Renten- und Arbeitslosenversicherung liegt und bei 3.750 Euro in der Krankenversicherung pro Monat. Also **auf die Familienstruktur nimmt die Sozialversicherung überhaupt keine Rücksicht**. Sie greift prinzipiell dieselben Beiträge bei dem Vater oder bei den erwerbstätigen Eltern von zwei, drei, vier oder fünf Kindern ab wie bei dem, der überhaupt keine Kinder zu versorgen hat. Das heißt, eine **extrem familienfeindliche Revenue**.

Und genau da hat das **Bundesverfassungsgericht** uns in aller Deutlichkeit gesagt: In dem System, in dem die Kindererziehung Voraussetzung für das Überleben der Sozialsysteme ist, nämlich da, wo intergenerationell verteilt wird - das ist sicher die Pflegeversicherung, dafür ist das Urteil nämlich ergangen im Jahr 2001, das ist aber genauso die Rentenversicherung, weil auch da die Jüngeren die Älteren versorgen, und es ist drittens natürlich auch die Krankenversicherung - ist die **Kindererziehung prinzipiell den monetären Geldbeiträgen gleichwertig**.

Und **deswegen muss der Gesetzgeber die Kindererziehung einstellen in die Beitragstarife**. Das ist im Grunde, wenn man das Gleichheitsprinzip, was der progressiven Besteuerung zugrunde liegt, konsequent anwendet, schon **aus Gleichheitsgrundsätzen notwendig** gewesen, denn der Verfassungsartikel, um den diese Entscheidungen aus Karlsruhe sich drehen ist das Gleichheitsprinzip Artikel 3.1. Aber erst recht aus **Sozialstaatsprinzipgründen** oder aus **Gründen des Familienschutzes** ist es eigentlich selbstverständlich, dass die Beitragsstrukturen mehr Rücksicht nehmen müsste auf Familien. Das sind also diese 43% Sozialbeiträge, die extrem familienfeindlich sind.

Indirekte Steuern

Der nächstgrößere Posten in den Abgabesystemen sind die **indirekten Steuern**, das sind die **Verbrauchssteuern**. Verbrauchssteuern sind all die Steuern, die sich in den Güterpreisen verstecken, wo der Staat Ihnen nicht mit einem Steuerbescheid gegenübertritt, gegen den Sie sich wehren könnten, sondern hier greift er von hinten in die Tasche. Und bei Verbrauchssteuern wissen wir, dass sie umso härter anfahren, je kleiner die Einkommen sind, denn umso größer ist zwangsläufig der Verbrauch. Und diese Verbrauchssteuern liegen in Deutschland bei knapp **28% im Jahre 2000**. Inzwischen haben wir die Ökosteuernerhöhung ab 1999 drin und die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 mit 3 Prozentpunkten, so dass das veraltete Zahlen sind. Aber wir wissen, dass insgesamt die Sozialversicherungsbeiträge bei der Gesamtheit der öffentlichen Einnahmen 43% ausmachen, die indirekten Steuern 28% und der Rest direkte Steuern sind. Und wenn man das auf die Steuerebene allein konzentriert, dann wissen wir, dass derzeit etwa **55% aller staatlichen Einnahmen Verbrauchssteuereinnahmen sind, die Familien exorbitant hart herannehmen**, weil bei Familien bei gegebenem Einkommen der Verbrauch immer höher ist, weil mehrere Personen konsumieren.

Direkte Steuern

Bleibt die **Einkommens- oder die direkte Steuer**. Die Einkommenssteuer als wichtigste, und da stellen wir fest, dass auch da nicht Familiengerechtigkeit herrscht, wie das Bundesverfassungsgericht das eigentlich wollte in verschiedenen Urteilen seit 1990. Denn **Familiengerechtigkeit ist deswegen nicht realisiert, weil bei den direkten Steuern die Kindesausgaben nicht in der durchschnittlichen Höhe berücksichtigt werden, sondern nur in der kindesexistenzminimalen Höhe**. Das heißt, wer Einkommenssteuer bezahlt, darf im Grunde davon ausgehen, dass der Staat das, was er abverlangt an Unterhalt mit seinem Familienrecht nicht auf der anderen Seite von demselben Staat, der hier durch die familienrechtlichen Unterhaltsforderungen die Leistungsfähigkeit mindert, den von ihm selbst statuierten Verpflichtungen im Steuerrecht die Anerkennung versagt. Aber genau das passiert, weil im Steuerrecht nur die Existenzminima der Kinder berücksichtigt werden.

Wie das beim Existenzminimum im Augenblick aussieht, kann ich Ihnen an einer kurzen Tabelle mal zeigen. Da sehen Sie die in gewissen Abständen vom Bundestag angeforderten Berichte zum Existenzminimum und Sie sehen, dass die **Existenzminima für Kinder in der rechten Spalte von 2004 bis 2008 für das Berichtsjahr 2008 unverändert bleiben**, obwohl wir bereits wissen, dass allein vom Jahr 2003 bis jetzt eine inflationäre Entwicklung von etwa 14 Inflationenpunkten stattgefunden hat. Das Kinderexistenzminimum wird für das Jahr 2008 punktgenau auf den Wert berechnet, an dem es bereits 2004 stand. 2001? Ja, Sie sehen, Existenzminimum Kinder unten und der Kinderfreibetrag 3648, ja Sie haben recht, 2001. Aber da lag er noch über dem Existenzminimum. Und im Jahre 2008 punktgenau auf das Existenzminimum.

Weshalb hab ich Ihnen das alles erzählt? Weil das Betrachten vierer Volumina des Familienlastenausgleichs, dieser 184 Mrd. Euro, überhaupt nichts besagt über die effektive Verteilungswirkung dieser Riesensumme.

Ettikettenschwindel z.B. Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung

Ich müsste jetzt noch auf die Semantik eingehen, dass da ganz **viele Posten semantisch absolut falsch deklariert** sind, Etikettenschwindel betrieben wird, beispielsweise einer der wichtigsten Punkte: die **beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung**. Da sagt jeder: ein gewaltiger Batzen, der da von den Kinderlosen an die Familien gegeben wird. Ich will jetzt gar nicht auf die umgekehrte Rechnung eingehen, wie viel denn die Familien für die kinderlosen Alten bringen, die nämlich im Alter vom ersten Tag ihres Ruhestandes an zu 100% auf der Arbeitsleistung der Kinder anderer Leute leben.

Ich will Ihnen nur sagen, dass von Beitragsfreiheit nur dann die Rede sein könnte, wenn die Einkommensanteile am Einkommen der erwerbstätigen Versicherten abgezogen würden von der verbeitragten Lohnsumme. Denn der Lohn, der erzielt wird von den erwerbstätigen Eltern gehört ja keineswegs den Eltern alleine, sondern in dem Augenblick, in dem der Lohn entsteht, entsteht der Unterhaltsanspruch der Angehörigen und in dem Augenblick gehört das Einkommen originär den Angehörigen. Und die **zahlen nach ihrem Unterhaltseinkommen selbstverständlich Beiträge, weil das Gesamtbrutto verbeitragt wird**.

Nichts an der ganzen Sache ist deshalb beitragsfrei und das bei gleicher Sachleistung bei unterschiedlichen Beitragshöhen. Ein Solidarprinzip wird sonst nirgendwo beanstandet,

sondern als Errungenschaft des Sozialstaates gepriesen. Nur bei den Familien macht man komischerweise eine Rechnung auf und sagt: Da wird etwas gegeben, was die eigentlich nicht verdient haben.

Wenn wir also auch diese Aspekte der inneren Verteilung in diesem System betrachten, stellen wir fest, dass es wirkt, als ob wir versuchten, mit einem Sieb Wasser zu schöpfen und von einem Eimer in den anderen umzuverteilen. Mit diesem Instrument kann man schöpfen, bis man schwindelig wird, es ist nur Schaumschlägerei. Sie kriegen keinen Umverteilungseffekt mit solchen Verteilungssystemen, bei denen wir wissen, dass **etwa 80% der Einnahmen der öffentlichen Hände zu Lasten der Familien erzielt werden.**

Geschichtliche Ursachen

Volkswirtschaftliche Irrelevanz der Kindererziehung

Wenn man also an den Befund der doppelten Kinderarmut herangeht mit einer Diagnose, dann muss man wahrscheinlich sehr früh in die **Geschichte der Industrialisierung** zurückgehen, um zu kapieren, was da passiert ist, nämlich dass wir in einer Gesellschaft leben, wo sich vor etwa 200 Jahren das Haus als Stätte der **Reproduktion** getrennt hat vom Erwerb als Stätte der **Produktion, räumlich und zeitlich getrennt.**

Und diese zeitliche und räumliche Trennung ging nicht einher mit einem Bewusstsein für die **Komplementarität beider Bereiche**, der Erkenntnis, dass sie beide aufeinander angewiesen und gleichwertig sind, sondern es hat sich ein Denken durchgesetzt, auch durch unsere moderne Ökonomie befeuert, das der Sphäre des Marktes und der Geldwirtschaft sämtliche Werte zuwies und den Rest an Lächerlichkeit dem reproduktiven Bereich übrig ließ. **Alles, was über den Markt passiert, und sei das die niedrigste, elendste Fließbandarbeit, wird in der Gesellschaft hochgeschätzt, während das, was im Haushalt passiert, ans Lächerliche grenzt in der Wahrnehmung.**

Das ist der **Kern der gegenwärtigen Debatte über die Vereinbarkeit**, wo also wirklich selbst die miesesten Fließbandjobs hoch gepriesen werden und das, was im Haushalt passiert, eben in dieser Weise spezifisch abgewertet wird. Einer der wenigen deutschen Ökonomen, die es zu internationalem Ansehen gebracht haben, Friedrich Liszt, hat das schon vor 170 Jahren in diesen klassischen Satz geformt, dass dieses ökonomische Denken **denjenigen, der Schweine erzieht, produktiv findet und denjenigen, der Kinder erzieht, als unproduktiv empfindet.** Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Unsere volkswirtschaftlichen Gesamtrechnenwerke registrieren es als Wachstum, wenn jemand sich scheiden lässt und seine Frau anschließend als Haushälterin beschäftigt. Der Junggeselle, der seine Haushälterin heiratet, vernichtet Sozialprodukt, denn das verschwindet als bezahlte Leistungen.

Und dieses Denken ist nicht nur eine Verirrung, sondern sorgt für **ordnungspolitische Verirrungen größter Dimension.** Der **Raubbau an Humanvermögen**, den wir seit 1965 in Deutschland erleben, **wird von dieser volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung registriert als volkswirtschaftliche Kapazitätserweiterung**, als Wachstum, weil nämlich all die Frauen, die keine Kinder mehr gebären oder großziehen, in diesen Rechenwerken auf der Haben-Seite auftauchen. Die lassen das Bruttosozialprodukt wachsen. Auch wenn wir nur Reiseweltmeister geworden sind, das heißt nur Konsum betreiben, behandeln unsere volkswirtschaftlichen Rechenwerke diese Vorgänge als ob sie auch dem künftigen

Sozialprodukt sozusagen eine Basis verschafften. Und das ist der große Irrtum, den Ihnen ja die Rechnungen von Herrn Ackermann vorhin schon nahegebracht haben sollten.

Das ist also sozusagen die erste genetische Ursache dieser familienpolitischen Probleme, mit denen wir es zu tun haben.

Kinder als wirtschaftliche Last

Die zweite Ursache, die aus dem Kindersegen eine Kinderlast machte, war die Einführung der **allgemeinen Schulpflicht** und ihre sukzessive Verlängerung. Dadurch wurden **Kinder nicht mehr als Produktivkräfte nutzbar für die Eltern, sondern waren zu unterhalten und wurden damit zur Last**. Da alle Menschen im Wesentlichen noch Kinder kriegten, bis Mitte der 50er Jahre war das so, da lag die Kinderlosenquote in Deutschland bei unter 10%, war die Verteilungskonsequenz nicht so ohne weiteres spürbar. Das noch mal im Nachgang zu dem Thema Familienlastenausgleich. Italien z.B. hat eine ganz miserable Quote des Familienlastenausgleichs in seinen volkswirtschaftlichen Rechnungen, aber das ist in Italien deswegen nicht schlimm, weil in Italien dominant die Ein-Kind-Familie ist. Diese Ein-Kind-Familie wird in etwa 80% der Haushalte geführt, der Rest der Haushalte sind zu 10% noch Zwei-und-mehr-Kinderhaushalte und nur ein kleiner Rest von etwa 10-12% (das ist unscharf in der Statistik) sind Haushalte, die lebenslang ohne Kinder bleiben. Da sind die Verteilungsprobleme minimal, denn man braucht im Grunde wenig Aufwendungen, um einen Gleichstand herzustellen zwischen diesen unterschiedlichen Haushaltstypen, weil es eben eine große Homogenität der Kinderverteilung gibt, das ist das entscheidende.

In Deutschland ist es tatsächlich so, dass wir jetzt **mit Abstand Weltmeister sind in Sachen lebenslanger Kinderlosigkeit**. Immer mehr Menschen sind da, die keine Kinder großziehen haben. Entsprechend größer wird die **Kluft**, die entsteht durch diese Unterhaltslasten gegenüber Kindern, und das hat natürlich eine **Fülle von Konsequenzen auf allen Gütermärkten**. Schauen Sie nur auf den Wohnungsmarkt, da steigen die Preise allein durch die Tatsache, dass Senioren, die keine Kinder mehr haben, oder dynamische, gut verdienende Kinderlose die Preise für die guten Wohnlagen bestimmen mit der logischen Folge, dass Familien an den Rand der Peripherie gedrängt werden, mit der weiteren Folge, dass sie von der Einschränkung der Pendlerpauschale natürlich sehr viel härter getroffen werden als die Menschen, die so mobil sind, dass sie zum Arbeitsplatz ziehen können usw. Unzählige Folgewirkungen, die sich aus so einer Fehlverteilung dann im einzelnen ergeben.

Sozialisierung der Altenlasten und Privatisierung der Kinderlasten

Der nächste Punkt, an den man sich erinnern muss, wenn man sich klarmachen will, warum denn das so eine Misere ist mit den Familien in Deutschland, ist die **Sozialisierung der Altenlasten und die Privatisierung der Kinderlasten**, die einherging mit der **Rentenreform 1957**. Bis dahin war die Rente ein Taschengeld. Jeder Mensch in Deutschland wusste: wenn ich's im Alter mal gut haben will, muss ich in die Kinder investieren, entweder in meine eigenen oder in meine Nichten und Neffen. Für die muss ich jeden Groschen locker machen, damit die studieren können usw. Die Kinder sollen es gut haben, sollen es besser haben als wir, weil man wusste, dann geht es auch uns besser. Wir sind unmittelbar, existenziell von diesen Kindern abhängig.

Dann kam die Rentenreform von 1957, die ja nach den Vorstellungen ihrer Erfinder eigentlich die **Drei-Generationen-Familie sozusagen zum gesellschaftlichen Strukturmodell machen sollte**, dass wir nämlich immer eine mittlere Generation haben, die aktiv ist und

erwerbstätig ist, und dann abgibt an die beiden nicht-aktiven Generationen. Das hieß in der Konzeption des Erfinders dieser dynamischen Rente 1957: wir brauchen spiegelbildlich zur Altersrente eine Jugendrente, weil sonst, wenn wir das nicht machen, die Personen, die keine Kinder großziehen in einer geradezu parasitären Weise – der Ausdruck findet sich in dem Schreiberplan, und Schreiber war kinderlos, nur nebenbei – von den Mehrleistungen der Personen profitieren, die mehr als ein Kind großziehen.

Und es kam aber so, wie Schreiber es in seinen schlimmsten Nächten befürchtet hatte. **Adenauer** hat dann gesagt: „Ne, Kinder kriegen die Leute immer, das ist mir viel zu heiß. bei Adolf hatten wir ja gerade Familienpolitik, lassen wir die Finger davon. Und vor zwei Jahren hatten wir die erste Kindergeldreform, das reicht, das reicht, das reicht, lassen wir die Finger davon.“ Und seitdem haben wir eine sozialisierte Alterssicherung, die kriegen alle lebensstandardsichernde, lohnersetzenende Renten. Und wer keine Kinder großgezogen hat, kriegt sie eben von den Kindern anderer Menschen. Und die Menschen haben total das Bewusstsein dafür verloren, was da eigentlich passiert! Dass sie nämlich elementar und existenziell auf Kinder angewiesen sind, hat sich vollkommen verflüchtigt.

Das ist ein ganz entscheidendes Datum. Sie müssen sich klar machen, was das bedeutet, **dass die Menschen nicht mehr kapieren, dass sie existenziell von der Nachwuchsgeneration abhängen**. Da ist nämlich die **Geburtsstunde dieses individualistischen Denkens** entstanden, dass jeder meint: „Ich kann mit meinen paar Rentengroschen meine eigene Zukunft sichern, die Nachwuchsgeneration ist mir einfach“ – ich sag’s mal vulgär – „scheißegal.“ Das ist der Punkt, an dem sich Deutschland ganz gravierend verändert hat, als nämlich die Leute nicht mehr wussten, auf wen sie eigentlich ihre Zukunft bauen müssen. Und das ist nicht nur im ökonomischen Sinne so, sondern **auf der Wert-Ebene haben wir das gleiche Problem**, dass da, wo das Individuum zum Maß aller Dinge wird, die allgemeinen Wert-Überzeugungen verschwinden, die wir alle brauchen, um Kinder vernünftig großzuziehen. Sie könnten Ihren Kindern 10 Jahre lang versuchen anständiges Benehmen beizubringen, eine Stunde RTL am Nachmittag, und die ganzen Bemühungen sind „für die Katz“.

Arbeitslosigkeit nicht Grund für Familienarmut

Und jetzt kommt eine Tabellen-Folie, da bitte ich Sie noch mal genau hinzuschauen, weil das sozusagen der **Schlüssel zum Verständnis der Realität in der Bundesrepublik** ist. Es wird uns ja immer noch beigebracht, dass alle Probleme in Deutschland mit der **Massenarbeitslosigkeit** zusammenhängen. Ich will das gar nicht in Abrede stellen, dass Arbeitslosigkeit für Familien verheerend ist, materiell, psychisch, alles. Aber dass wir nun eine Familienverarmung nur wegen dieser Massenarbeitslosigkeit hätten, ist nun wirklich falsch.

Man kann das dadurch belegen, dass die **Familienarmut** auch weiter wächst, indem wir gucken 1975-80, 85-90, 99-2001, und jetzt ab 2005, 2006 wieder, dass in allen diesen Zeiten, in denen die Zahlen der Massenarbeitslosen signifikant zurückgegangen sind, gleichwohl die Zahlen der Personen in der Sozialhilfe gestiegen sind, insbesondere die Zahlen der Kinder. Zu Anfang von Hartz IV haben wir in Deutschland 2 Millionen Kinder in der Sozialhilfe gezählt, jetzt wissen wir, dass es 2,8 sind. Der Kinderschutzbund zählt eine noch Dunkelziffer hinzu und kommt auf 3,2 Millionen. Das heißt selbst jetzt, wo wir konjunkturell noch Aufwärtsentwicklung haben, gehen gleichzeitig die Zahlen der Sozialhilfekinder deutlich aufwärts, mit den verheerenden Konsequenzen für Bildungsfähigkeit, Sozialisation etc.

Jetzt schauen Sie sich diese Folie an: das ist ein **Durchschnittseinkommen von 30.000 Euro**. Rentenversichertes Durchschnittseinkommen war im letzten Jahr 29.500 und ein paar gequetschte Euro. Das heißt, es ist ziemlich genau ein Durchschnittseinkommen, wie es in Deutschland erzielt wird. Viele verdienen viel weniger, einige wenige verdienen sehr viel mehr. Das ist der Durchschnitt, und dann sehen Sie, wenn man das aufdröselte auf verschiedene Haushaltstypen „Single ohne Kinder, verheiratet, verheiratet 1 Kind, verheiratet 2 Kinder“, dass in der rechten Spalte unten ein Wert mit einem Minus-Vorzeichen steht. Bei 30.000 Brutto sehen wir nämlich, dass eine Lohnsteuer von 1.634 Euro bezahlt werden muss, Soli fällt nicht mehr an, Kirchensteuer fällt nicht an, aber Sozialversicherung 6.315 Euro, d.h. bis auf wenige Euro fast genauso viel wie die Personen ohne Kinder zahlen müssen. Und dann sehen Sie, dass Kindergeld gezahlt wird in der Größenordnung von 3696 Euro. Und es ergibt sich ein Nettoeinkommen von 25.747 Euro. Dieses wird gegenübergestellt dem offiziellen steuerlichen Existenzminimum § 32 Einkommensteuergesetz, und da sehen Sie, **dass diese Familie mit Facharbeitereinkommen unter dem Existenzminimum lebt.**

Der Staat in der Spendierhosenpose

Der Durchschnitt der Familien in Deutschland kriegt diese Ohnmacht, dieses Ausgeliefertsein, diese Asymmetrie, diese Ungerechtigkeit schon mit der Muttermilch mit. Das ist die einfache Realität. Und die kriegen das mit, obwohl Vater Staat so großzügig ist, das Kindergeld zu zahlen. Das heißt, **man drängt den Durchschnitt, die Masse der Bevölkerung in Deutschland in die Almosenempfängerpose**. Und der Staat steht da und hat die Spendierhosen an und verteilt großzügig Gelder, ob das das Starterpaket ist von Herrn Müntefering, ob das das Betreuungsgeld ist oder sonst was.

All diese Wohltaten werden von den Familien zu größten Teilen selbst finanziert, und sie werden ihnen vorher in räuberischer Weise weggenommen. Das, was Sie hier sehen, ist ja nur ein Bruchteil der Ausbeutung, der da stattfindet. Sie müssen sich Folgendes klarmachen:

Erstens: Der Anteil von 6.315 Euro **Sozialversicherung ist ja nur die Hälfte der Abgaben. Die andere Hälfte verbirgt sich hinter der Etikette Arbeitgeberbeitrag**. Aber jeder kleine Buchhalter kann Ihnen erzählen, dass dieser Arbeitgeberbeitrag nichts anderes ist als vorenthaltener Lohn. Die Funktion dieser Semantik ist nur die, den Menschen in Deutschland das Ausmaß ihrer Abgabenbelastung zu verheimlichen, nichts anderes. Ökonomisch ist das vorenthaltener Lohn. Das heißt, statt 30.000 Euro wird ein Einkommen von über 36.000 Euro erzielt. Davon werden dann schon mal knapp 13.000 Euro abgezogen und dann die Einkommensteuer abgezogen und dann das Kindergeld gegeben.

Doch ich will Ihnen sagen, da sind wir immer noch nicht beim Klartext angelangt, der hier zu reden ist, denn von den 25.000 Euro, die verfügbares Einkommen sind, und die von der Familie, weil sie unter dem Existenzminimum lebt, total verbraucht werden, zieht der Staat sogar noch die indirekten Steuern ein. Ich habe Anfang der 90er Jahre in der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion Familie und Senioren gearbeitet und die haben damals bereits mit indirekten Steuerquoten von 25-30% gerechnet. Das heißt, Sie können rechnen, dass von diesen 25.000 Euro noch mal 30% an den Staat fließen in Form von indirekten Steuern. Das sind 7.500 Euro.

Erst dann, wenn Sie das alles in den Blick nehmen, wird Ihnen klar, in welcher mörderischer Weise Familien durch die Abgabensysteme in Deutschland stranguliert werden. Auf breiter

Front wird so auch die **Freiheitsfähigkeit von Menschen untergraben**, weil die Kinder aus diesen Familien nämlich alle groß werden in dem Bewusstsein: „der Staat schenkt uns so viel“. Dass der Staat die Familien vorher zu Almosenempfängern macht und sich dann mit Omnipotenzgehebe in dieser Spendierhosenpose geriert, das kriegen die Menschen in Deutschland eher nicht mit.

Waldbauernvernunft gefragt

Wenn man sich diesen **Raubbau an Humanvermögen** anschaut, der in Deutschland um sich greift, da würde man sich wünschen, dass die Regierenden und der Gesetzgeber wenigstens die **Vernunft eines kleinen Waldbauern** hätten. Jeder Waldbauer weiß, dass der Zyklus seiner Produktion und Reproduktion 60, 70, 80 Jahre dauert. Aber wer hört in Deutschland auf kleine Waldbauern, wenn er nicht einmal die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigt? Doch genau das wäre notwendig, dass wir in Deutschland diese Waldbauernvernunft hätten und **nicht immer denken: das Leben geht nur bis zum nächsten Wahltermin**.

Vielen Dank

Dr. Jürgen Borchert ist Richter am Sozialgericht in Darmstadt. Architekt bekannter Verfassungsbeschwerden, Sozial- und Rentenexperte des Familienverbandes. Zahlreiche Lehraufträge und Veröffentlichungen zu Fragen der Sozial- und Familienpolitik.